

**13.11.1954** – vor 60 Jahren wurde der „Zentrale Ausschuss für Jugendweihe“ in der DDR gebildet

**16.11.1934** – vor 80 Jahren übernahm die NS-Studentenschaft die gesamte „politische-weltanschauliche Erziehung“ der deutschen Studentenschaft

**23.11.1954** – vor 60 Jahren begann der Verbotsprozess der Bundesregierung gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

20. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

11. November 2014

## „Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.“ Landesparteitag am 25. Oktober 2014 in Quedlinburg

DIE LINKE hat mit ihren Beschlüssen in Quedlinburg erste Weichen für die Landtagswahl 2016 gestellt. Landespolitik misst sich an den konkreten Bedingungen und Perspektiven vor Ort. Menschen brauchen Gründe, zu kommen, hier zu bleiben und um sich zu engagieren.

„Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.“ Mit dem einstimmig beschlossenen Leitantrag umreißen wir erste Projekte und Aufträge für das Landtagswahlprogramm.

DIE LINKE will den politischen Wechsel. Dafür brauchen wir neue Mehrheiten in der Gesellschaft. Unser Ziel ist eine andere Politik: demokratisch, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig. Wir wollen die Ressourcen des Landes stärken und ausbauen: Kultur, Kunst, Bildung, Wissenschaft und öffentliche Daseinsvorsorge. Uns geht es darum, anders zu wirtschaften und zu gestalten.

DIE LINKE wird Vorschläge erarbeiten für ein neues Personalentwicklungskonzept – insbesondere für die Polizei und für eine gute Unterrichtsversorgung. Statt des Prinzips von Neueinstellungskorridoren brauchen wir eine verlässliche Anzahl von Schulpersonal. Für alle Lehrerinnen und Lehrer, die die Schule verlassen, benötigen wir gut ausgebildete Nachfolger. Ebenso müssen alle Polizeibeamtinnen und Beamten, die aus dem Dienst ausscheiden, ersetzt werden. Ohne eine Mindestzahl von 6000 Polizisten ist die notwendige Präsenz vor Ort nicht mehr möglich.

Dem ländlichen Raum bzw. der Zielstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land werden wir besonderes Augenmerk widmen, dabei besonders den Bereichen Gesundheit, Energieversor-

gung und öffentlicher Nahverkehr.

Die Niedriglohnpolitik hat abgewirtschaftet, Geschäftsmodelle mit Dumpinglöhnen haben für uns keine Zukunft. Die Förderung neuer Arbeitsplätze wollen wir mit einem Mindestjahreseinkommen verknüpfen. Auch das sind gute Gründe für junge Fachkräfte, hier zu bleiben. Deshalb wollen wir die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Tariftreue in den Unternehmen und eine Lohnuntergrenze von 10 Euro pro Arbeitsstunde koppeln.

Kultur und Kunst sind Gemeinschaftsaufgaben – für die Regionen und für das Land. Deshalb schlagen wir eine solidarische Verteilung der Finanzierung vor – zwischen dem Land und den Regionen, zwischen Stadt und Umland. Mit einem Kulturfördergesetz schaffen wir dafür eine gesetzliche Grundlage.

Im Themenbereich Ökologie und Verbraucherschutz werden Hochwasserschutz, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft und die Förderung dezentraler Modelle zur Energieversorgung Schwerpunkte des Wahlprogrammes sein.

Für eine lebendige Demokratie: DIE LINKE setzt sich weiterhin ein für die rechtliche Ausgestaltung der Bürgerkommune und die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Wir wollen eine Willkommenskultur für Menschen aus unterschiedlichen Nationen und Kulturen. Insbesondere setzen wir uns für eine stabile und verlässliche Förderung von Bildungs- und Beratungsprojekten gegen Rechts ein.

DIE LINKE hält an ihrer Kritik des Verfassungsschutzes fest, V-Leute und „menschliche Quellen“

Fortsetzung auf Seite -2-

## „Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.“

müssen abgeschaltet und die demokratischen Kontrollrechte des Parlaments gegenüber den Sicherheitsbehörden gestärkt werden.

### Nominierung eines Ministerpräsidentenkandidaten im Frühjahr 2015

Der heutige Beschluss enthält ebenso organisatorische Aufgaben in Vorbereitung des Wahlkampfes. So ist der Landesvorstand beauftragt, bis zum Herbst 2015 ein Landtagswahlprogramm sowie einen Personalvorschlag für die Aufstellung unserer Liste zu erarbeiten. Bereits im Frühjahr 2015 wollen wir mit der Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten unseren Anspruch auf die Führung einer Regierung bekräftigen.

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen 2016 kämpfen wir um ein starkes Votum von Wählerinnen und Wählern. Ein Politikwechsel braucht eine starke LINKE in Sachsen-Anhalt.

### Antrag zur Geschichtsdebatte

Der Dringlichkeitsantrag „Wer Zukunft will, muss sich der Vergangenheit stellen“ wurde mit großer Mehrheit – bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen. Mit dem Beschluss erneuert die Landespartei ihre kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit. Im 25. Jahr der friedlichen Revolution macht der Text deutlich, dass eine kritische Sicht auf



die Gegenwart nur mit einer kritischen Sicht auf die Vergangenheit glaubwürdig ist. Denn für uns ist klar: Ohne Freiheit und die Verlässlichkeit von Grundrechten für jede und jeden, ohne demokratische Mitbestimmung gibt es keine linke Politik.

### Schulterschluss mit Thüringen

Zeitgleich mit Sachsen-Anhalt traf sich die Thüringer LINKE zum Parteitag. Am Samstagmorgen tauschten die Landesverbände Grußworte aus: Per Video wurden die Thüringer Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und Bodo Ramelow in den Saal geschaltet. DIE LINKE. Thüringen strebt die bundesweit erste Landesregierung unter Führung eines LINKEN Ministerpräsidenten an.

Dafür wünschen wir viel Erfolg.

Am 28. Oktober 2014 ist unser lieber Freund, Genosse, Kollege und Wegbegleiter **René Trömel** für immer von uns gegangen. In stiller Trauer nehmen wir Abschied, wobei uns René nicht nur viele schöne Erinnerungen an ihn und an gemeinsame Stunden mit ihm hinterlässt, sondern vor allem den stets von ihm gelebten Gedanken, für andere einzustehen. Sein Engagement galt vor allem Kindern und Jugendlichen, für die er sich privat wie beruflich einsetzte.

Renés Gedanken wollen wir weitertragen, nicht nur mit Tränen um ihn trauern, sondern so, wie er es sich ein Stück weit gewünscht hätte. Wir möchten in seinem Sinne soziale Projekte finanziell unterstützen, wie er es neben seinem ideellen Einsatz auch getan hat.

Wir haben dafür ein Konto eingerichtet, das jedem/jeder die Möglichkeit gibt, individuell zu spenden. Die gesammelte Summe werden wir drei ausgewählten Projekten der Kinder- und Jugendarbeit in Renés Heimatstadt Halle zukommen lassen.

Die Bankverbindung lautet:

Saalesparkasse

Anja Krimmling-Schoeffler

IBAN: DE89 8005 3762 1901 4857 53

BIC: NOLADE21HAL

Verwendungszweck: Für René Trömel

Wir danken Euch für eure Unterstützung.

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 29.10.2014

An lange Stadtratssitzungen mit vielfältigen Beschlüssen sind die Stadträte gewöhnt. Anders sollte es diesmal auch nicht sein!

Zum Beginn der Sitzung gab es eine Schweigeminute für unseren Stadtrat René Trömel. Der Stadtratsvorsitzende Hendrik Lange erinnerte an René als einen über den Stadtrat hinaus engagierten Stadtrat.

Gedenken gab es auch für den Ex-Burg-Rektor Ludwig Ehrlert, der als Stadtrat der Fraktion MitBÜRGER für Halle von 2004 bis 2009 tätig war.

Der Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand verwies in seinem Bericht auf den neuen Imagefilm für die Stadt Halle (Saale). Er berichtete, dass sich das erste Logistikzentrum von eBay im Star Park ansiedeln wird. Interessant war seine Zusammenfassung der Investitionen der nächsten 5 Jahre. Darin enthalten sind die Umgestaltungen am Steintor, am Rannischen Platz und des Bahnknotens. Das Bahnmuseum erhält in diesem Zusammenhang einen neuen Lokschuppen. Auch am Gimritzer Damm haben die Arbeiten begonnen. Für Maßnahmen der Ersetzung der „Flutopfer“, wie z.B. das Peißnitzhaus oder das Planetarium, werden bis zum Jahresende entsprechende Flutmittel beim Land Sachsen-Anhalt beantragt.

Beschlossen wurde dann ein Nachtragshaushalt, dem auch unsere Fraktion ohne Probleme zustimmen konnte. In diesem Nachtragshaushalt geht es um die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen. Im Grunde geht es um die Erhöhung der Gelder aus dem Fluthilfefonds. Diese Gelder sind für die Sanierung von Straßen und für die Elsterbrücke und viele weitere Brücken gedacht.

Wieder wurde der Entlastung des Oberbürgermeisters aus dem Jahr 2012 (er war im Dezember schon OB; Januar bis November war Frau Szabados OB) nicht zugestimmt.

Der Oberbürgermeister hatte Widerspruch gegen den Stadratsbeschluss eingelegt. Nun muss die Kommunalaufsicht handeln!

Sehr ausführlich wurde bereits im Vorfeld der Stadtratssitzung im Hauptausschuss über die „Neufassung der Hauptsatzung und die Zuständigkeitsordnung“ diskutiert. Damit war es möglich, sich schon auf Grundsätze zu verständigen und nicht jeden Antrag noch einmal „durchzustimmen“. Der Beschluss an sich wurde notwendig, weil es auf der Landesebene eine

neue Kommunalverfassung gibt. Unsere bisherige Hauptsatzung musste angepasst werden. Was ist neu? So ist z.B. der Hauptausschuss kein beschließender Ausschuss mehr, dafür der Personalausschuss. Vor beschließenden Ausschüssen gibt es – wie vor dem Stadtrat – die Möglichkeit einer Bürgerfragestunde. Aufgenommen wurde auch, dass es einen neuen Ausschuss geben wird, den Ausschuss für Stadtgestaltung. Nun muss die „Landesebene“ genehmigen und wir können nach der neuen Hauptsatzung arbeiten!

Eine durchaus interessante Diskussion folgte zum Tagesordnungspunkt „Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2015“. Als Stadt Halle haben wir die Möglichkeit, Städtebaufördermittel beim Land zu beantragen. Diese sind nach bestimmten Kriterien „aufgeteilt“. Vor allem sind die Gelder für Sanierung – wie z.B. des Innenstadtkerns (Schulstraße, Große Steinstraße etc.), aber auch für das Peißnitzhaus, für die Umgestaltung des Anhalter Platzes auf der Silberhöhe u.v.a.m. gedacht. Und es sollte auch das Projekt „Brücke – Franz-Schubert-Straße“ beschlossen werden. Die Brücke, so hat die Verwaltung argumentiert, hat eine große Bedeutung für die Stadtentwicklung, die „Saline“ würde besser angeschlossen sein. Unsere Fraktion hatte in diese Diskussion eingebracht, diese zu beantragenden Fördermittel (und fast 900.000 Euro Eigenmittel!) für Spielplätze einzubringen. Wir haben uns dabei auf die Unmengen der zu sanierenden Spielplätze (siehe Spielplatzkonzeption) bezogen. Wir wollten die Brücke nicht im nächsten Jahr, sondern diese auf ein weiteres Jahr verschieben!

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützte unser Anliegen, aber eine Mehrheit konnten wir mit unserem Änderungsantrag leider nicht erreichen. Nun wird, so die Fördermittel kommen – die Brücke nächstes Jahr gebaut und ein großer Teil der Spielplätze muss noch auf die Instandsetzung warten. Beschlossen wurde im Stadtrat eine neue Abfallwirtschaftssatzung und Abfallgebührensatzung. Pro Person werden damit im nächsten Jahr 1,20 Euro mehr erhoben.

Der Stadtrat hat einem Abriss des Künstlerhauses 188 mehrheitlich zugestimmt; die obere Denkmalschutzbehörde hat dem Abriss jedoch nicht zugestimmt.

Noch laufen die Klagen der HAVAG gegen den versagten Abriss.

Dennoch wurde nun im Stadtrat beschlossen, eine „Teilung“ in zwei verschiedene Bauabschnitte vorzunehmen, damit die Bauarbeiten losgehen können. Wir stimmten dieser Alternative zu.

Gemeinsam mit der Fraktion der SPD haben wir einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, dass die Verwaltung ein Wirtschaftskonzept für die Stadt Halle (Saale) erarbeiten soll.

Er wurde in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.  
Ute Haupt, Stadträtin

## **Flüchtlinge sind hier willkommen!**

Flüchtlingspolitische Sofort-Forderungen der Partei DIE LINKE

Kriege, politische Unsicherheiten, wirtschaftliche Not oder Perspektivlosigkeit - es gibt viele Gründe warum Menschen fliehen. Eines ist ihnen gemein: Niemand verlässt freiwillig seine Heimat, seine Familie, seine Freundinnen und Freunde...

Aktuell sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht, weltweit. Nur ein kleiner Teil kommt nach Deutschland - ihnen Schutz und Aufnahme zu gewähren, wäre das Mindeste, was unser reiches Land tun kann. Stattdessen herrscht eine Kultur der Ablehnung, die von bürokratischen Hürden über mangelnde Verantwortung bis hin zu rassistischer Propaganda reicht. Die Lösungen der sogenannten Flüchtlingsgipfel greifen allesamt zu kurz, weil sie am System nichts ändern - sie sind Ausweis des Scheiterns und der Realitätsverweigerung.

Das gegenwärtige Asylverfahrensrecht ist ein Abschreckungsrecht - was wir jedoch brauchen, ist eine menschenrechtlich orientierte Flüchtlingspolitik. Die Politik der Bundesregierung zielt in die völlig falsche Richtung. Deshalb stellen wir uns gegen eine Verschärfung des Asylrechts und plädieren für ein Asyl- und Flüchtlingsregime in Deutschland und in Europa, das den Schutz der Flüchtlinge und ihre

Perspektiven in der neuen Gesellschaft in den Mittelpunkt aller Regelungen stellt.

Auf den Weg zu einer Geflüchteten zugewandten Willkommenskultur gehören für uns folgende Forderungen:

\* Abschaffung der Residenzpflicht und der entwürdigenden Unterbringung in Sammelunterkünften sowie die freie Wahl des Aufenthaltsortes (Familie, Verwandte). Wir wollen dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen.

\* Sofortiger Zugang zu Arbeit und Bildung. Dies ermöglicht wirtschaftliche Selbstständigkeit und Teilhabe.

\* Uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung und den sozialen Sicherungssystemen.

\* Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dieses Bürokratiemonster entwürdigt Menschen. Eine Abschaffung brächte Kommunen dringend benötigte Entlastung.

Der Bund könnte folgende Sofortmaßnahmen ohne Verzögerung verfügen:

\* Schnell mehr Entscheiderinnen und Entscheider für das Bundesamt für Flucht und Migration ausbilden und einstellen. Damit kann eine kürzere Verfahrensdauer erreicht werden und Antragstellerinnen und Antragstellern bleibt monatelange Unsicherheit und Stress

erspart.

\* Bundesimmobilien unentgeltlich für Wohnzwecke zur Verfügung stellen. Statt auf Höchstpreise zu warten und Leerstand zu akzeptieren, entstünde hier Platz für die Unterbringung.

\* Finanzielle Unterstützung der Kommunen. Der Bund muss die Kosten für die Unterbringung von den Kommunen übernehmen.

**Lesecafé** im Linken Laden,  
Leitergasse 4,  
06108 Halle (Saale)  
**Mittwoch, 12. November,**  
**18 Uhr**

Rudolf Scholz:

**„Mein lieber Herr Gesangsverein“** – Ein Schelmenroman um einen Männerchor, vorgestellt vom Autor

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 400 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:

06.11.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.11.2014

**Basistreffen BO Riebeckplatz/Hofjäger** am  
12. November 2014, ab 16 Uhr,  
im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44.  
Gäste sind herzlich willkommen!

**Basistreffen BO Halle-Nord**  
Am 11. Dezember 2014, 16:30 Uhr.  
Ab 17 Uhr Gespräch mit Dr. Bodo Meerheim,  
im Linken Laden, Leitergasse 4.

### **Einladung AG Migration und Asyl**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
unsere Terminumfrage hat einen klaren Favoriten-  
termin ergeben:

**Am 22.11. um 10 Uhr** treffen wir uns zu unserem  
ersten regulären Treffen in der Landesgeschäftsstel-  
le in der Ebendorfer Straße 3 in Magdeburg.

Hiermit möchte ich Euch sehr herzlich einladen und  
freue mich auf unsere Beratung.

Wir hatten uns dazu verständigt, maximal bis 13 Uhr  
tagen zu wollen. Außerdem haben wir festgelegt,  
dass ich als zuständige Sprecherin der Landtags-  
fraktion einen Überblick über die aktuellen Pro-  
blemlagen im Land aus meiner Sicht gebe und wir  
dann in einen Austausch dazu treten, um so (Schritt  
für Schritt) zu einem komplexen Bild aus Sicht der  
unterschiedlichen politischen Ebenen und entspre-  
chenden Handlungsansätzen zu kommen. Austau-  
schen sollten wir uns auch zur weiteren Arbeitswei-  
se, zu Themen, die wir bearbeiten wollen, zu anste-  
henden Entscheidungen etc..

Bitte überlegt auch, wer ebenfalls Interesse an der  
Arbeit unserer AG haben könnte, aber bislang noch  
nicht angesprochen wurde und was ihr gerne in die  
AG einbringen wollt.

Mein Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Vorstellungsrunde und Klärung der Erwartungs-  
haltungen
2. Überblick aktuelle Situation Flüchtlingspolitik im  
Land und Diskussion
3. Verständigung Arbeitsweise und Themen für die  
Arbeit der AG

Ich denke, damit ist unser erstes Treffen gut gefüllt,  
wer ergänzen möchte tue dies bitte gern.

Herzliche Grüße  
Henriette Quade

Vortrag mit Diskussion  
**ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**  
Sachsen-Anhalt e.V.  
**09.12.2014 Beginn 18 Uhr**

### **Hoffnung inmitten der Barbarei. Rojava zwischen IS-Terror und ausländischer Intervention**

Seit fast vier Jahren tobt in Syrien ein blutiger  
Bürgerkrieg zwischen Regierungstruppen und vom  
Ausland unterstützten meist radikal-islamistischen  
Gruppierungen. Ein Ende des Schlachtens ist nicht  
in Sicht, weiterhin setzten die USA und ihre Ver-  
bündeten auf die Bewaffnung von Oppositions-  
gruppen zum Sturz von Präsident Bashar al Assad.  
Im Windschatten des Bürgerkrieges schlugen die  
Kurdinnen und Kurden im Norden Syriens einen  
„dritten Weg“ ein. In der Rojava genannten Region  
etablierte sich eine auf basisdemokratischen Räten  
beruhende Selbstverwaltung. Neben Kurden wer-  
den auch die anderen in dieser Region lebenden  
ethnischen und religiösen Gruppierungen wie Ara-  
ber und christliche Assyrer/Aramäer gleichberech-  
tigt eingebunden. Frauen nehmen eine führende  
Rolle in dieser demokratischen Selbstverwaltung  
ein, die sich als Alternative für ganz Syrien versteht.  
Doch Rojava ist bedroht durch die Terroristen des  
„Islamischen Staates“, die bereits weite Teile des  
Irak und Syriens beherrschen, dort Massaker an  
religiösen Minderheiten begehen und Tausende Fra-  
uen versklavt haben. Eine US-geführte Koalition hat  
damit begonnen, IS-Ziele in Syrien zu bombardie-  
ren.

**Mit Ulla Jelpke (MdB)**

**Martin-Luther-Universität,  
Löwengebäude, HS 13,  
Uniplatz, 06108 Halle**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

**KONTAKT**  
RLS REGIONALBÜRO Halle  
Blumenstr. 16, 06108 Halle  
TEL/Fax: 0345-2025594  
email: gs-halle@rosaluxsa.de

## Zukunftskongress 2015

Einladung an die Partei: Ideen, Fragen, Konzepte

Liebe Genossinnen und Genossen, im April 2015 veranstalten wir in Berlin einen Zukunftskongress. Es geht darum, die gesellschaftlichen Bedingungen und die Wünsche für eine sozial gerechte und ökologische Zukunft zu diskutieren. Wir wollen in die gesellschaftliche Diskussion um eine Zukunft jenseits des neoliberalen Finanzkapitalismus eingreifen und linke Alternativen stärken. Im Mittelpunkt stehen Fragen: Wie wollen wir die Gesellschaft verändern, an welchen Widersprüchen setzen wir an, mit wem wollen wir das gemeinsam tun? Es geht also auch um die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit der Linken und der LINKEN selbst. Der Kongress lebt daher von euren Ideen, Diskussionen, Erfahrungen mit der politischen Praxis! Die Politik der Bundesregierung lässt viele Probleme unserer Gesellschaft liegen. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, aber die reichen nicht bis an den Kern der Probleme heran: Eine Steuerpolitik, die Reichtum nicht angreift und die Armut der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit und der öffentlichen Infrastruktur nicht beheben kann. Die Ungleichheit in unserer reichen Gesellschaft hat so zugenommen, dass selbst die Weltbank besorgt ist. Mindestens ein Viertel der Bevölkerung ist und fühlt sich abgehängt - in der Regierung scheint das niemand für einen Skandal zu halten. Die Energiewende abgelenkt, Freihandelsabkommen, die die Demokratie bedrohen. Kein Konzept für eine Alternative zur Waffenproduktion, zu einer Exportindustrie, die die Nachbarn zum Bettler macht und auf Verkehrsmodelle setzt, die die Welt verpestet. Eine hochtechnologische Entwicklung, die die Menschen nicht freier macht, sondern stärker überwacht.

Die Zukunft scheint verstellt. Das Schweigen darüber ist organisiert. Wenn wir dies kritisieren, geht es uns nicht um eine Rückkehr in vermeintlich bessere vergangene Zeiten. Vielmehr meinen wir: Demokratisch-Sozialistische Politik sollte ihre Poesie aus der Zukunft ziehen. Deshalb wollen wir den Horizont wieder öffnen und die drängenden Fragen in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen: Was wollen wir wie produzieren, ohne die Welt zu zerstören? Wie sollen Zeit, Reichtum sowie die verschiedenen Arbeiten und Tätigkeiten (auch unter den Geschlechtern) verteilt sein; wie können Energie, Verkehr und unserer Kommunen so gestaltet werden, dass sie auch für die kommenden Generationen wünschbar sind. An vielen Orten und in vielen Auseinandersetzungen engagieren sich Men-

schon für Alternativen, aber bisher gelingt es nicht, daraus die Kräfteverhältnisse wirksam zu verschieben. Seit der Agenda 2010 gelingt es kaum, die Erwerbslosen und Beschäftigten im Niedriglohn auf der einen Seite und in den so genannten „Kernbelegschaften“ auf der anderen gemeinsam anzusprechen. Ihre Interessen scheinen gegeneinander zu stehen: Beruht nicht der Erfolg im Export auf dem Niedriglohn? Auf dieser Spaltung beruht die Macht der Regierung wie die Machtlosigkeit der Gegenbewegungen. Wie kommen wir in eine neue Dynamik?

Auch unsere eigene Politik wollen wir befragen: Sind unsere Alternativen auf der Höhe der Zeit, nehmen sie die Kräfteverhältnisse richtig wahr? Was ist zu tun, damit technischer Fortschritt wirklich emanzipatorisches Potential freisetzt? Und: Wie können wir unsere Alternativen durchsetzen? Mit wem können wir uns verbinden? Was sind Einstiege auf dem Weg zu einem ökologischen, demokratischen, lustvollen Sozialismus? Mit welchen Projekten kommen wir hier voran?

Wenn über die großen Fragen der Zukunft diskutiert wird, dann oft auf zwei Arten: Entweder werden die (schlechten) Verhältnisse analysiert. Am Ende wird kurz über die Aufgaben gesprochen, die sich daraus für die Zukunft ergeben (meist mit dem Hinweis, dass im Schoß der heutigen Verhältnisse das Morgen schlummert). Oder es werden wünschenswerte Zukünfte entworfen und auf bunten Flipcharts festgehalten. Doch die notwendigen Verbindungen zu den Kräfteverhältnissen und die Frage des Übergangs fehlen oft: Unser Kongress soll nicht in diese Fallen gehen. Die Zukunft beginnt heute. Zukunftsfragen können nicht losgelöst von ökonomischen und Machtfragen diskutiert werden. Und linke Diskussion um Zukunft braucht einen utopischen Überschuss. Gleichzeitig müssen konkrete Projekte entwickelt werden, mit denen wir Politik machen können. Dann können die großen universellen Fragen in der Praxis wirksam werden.

Bislang haben wir fünf thematische Achsen geplant:

1. Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit. Zeit fürs ganze Leben statt prekär und erschöpft
2. Gleichheit als Chance: Umverteilung von privat zu öffentlich, oben nach unten, von den Gewinnen zu den Löhnen
3. Zukunft der Daseinsvorsorge / Zukunft des Öffentlichen / der Commons
4. Produktion der Zukunft: Unser Plan B /Wachstum vs. Lebensqualität. Wirtschaftsdemokratie & Konver-

sion statt Finanzkapitalismus & Austerität

5. Aneignung der Demokratie u.a. Bildung im Zeichen von Mündigkeit

Wir möchten euch einladen, in den Kreis- und Landesverbänden, in den Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften - oder zuhause am Küchentisch - zu überlegen, wo eure Fragen liegen, wo ihr Bedarf für Klärungen und Weiterentwicklungen seht. Dabei geht es nicht darum, eine neue Programm-Debatte zu eröffnen. Wir wissen um die (pluralen) Positionen der Partei.

Der Kongress soll einen Beitrag zur politischen Kultur in der Partei leisten. Er ist eine Einladung zum mitdenken und mitarbeiten. Das wird sich auch darin zeigen, wie wir die Diskussionen organisieren. Wir werden Podiumsdiskussionen veranstalten, auf denen Analysen und Konzepte vorgestellt werden, die unsere Dis-

kussion bereichern sollen. Dann aber wollen wir „Labore“ eröffnen, auf denen die Fragen von Strategie und Hegemonie im Mittelpunkt stehen sollen: Konzepte, Projekte und Politikerfahrungen werden eingebracht. In Foren sollen alle die Möglichkeiten haben, ihre Erfahrungen auszutauschen und sich mit anderen zu vernetzen.

Bitte schickt uns eure Diskussionsvorschläge, Themen oder Thesen oder konkrete Ideen für Referentinnen und Referenten oder Programmpunkte für einen Zukunftskongress an die Mailadresse  
kongress@die-linke.de.

In Bälde werden wir auch einen entsprechenden Blog einrichten. Wir freuen uns auf eure Beiträge!

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping und Bernd Riexinger

## Niemand soll arm sein

Von Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Das Statistische Bundesamt hat in der vorigen Woche Zahlen zum Armutrisiko im Einkommensjahr 2012 in Deutschland veröffentlicht. Danach sind besonders Erwerbslose (Armutquote fast 70 Prozent), Alleinlebende (32 Prozent) und Alleinerziehende (35 Prozent), insbesondere Frauen, gefährdet.

Die Zahlen zum Armutrisiko in Deutschland sind erschreckend. Trotz der wohlfeilen Worte aus der Regierung ändert sich am sehr hohen Risiko, in Armut zu fallen, nichts: Jede und jeder Sechste in Deutschland ist von Einkommensarmut bedroht (16 Prozent). Trotz öffentlichkeitswirksamer Auftritte und Versprechungen sinkt die Kinderarmut in Deutschland kaum.

Dieser Zustand der massenhaften Armutsgefährdung von Menschen ist von Bundesregierungen jeglicher Farbkombination in den vergangenen Jahren bewusst in Kauf genommen worden. Niedriglöhne, Leiharbeit, die Hartz-IV-Gesetzgebung, viel zu niedrige Sozialtransfers, – alles das sind Bausteine im festgefügteten Armutssystem in Deutschland. Darüber hinaus: Viele Betroffene, die Anspruch haben, erhalten die einkommens- und vermögensgeprüften Sozialleistungen nicht. Bei Hartz IV erreichen die Leistungen ca. 50 Prozent nicht, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind es sogar 68 Prozent. Beim Kinderzuschlag sind es ebenfalls 68 Prozent, die Anspruch auf diese Leistung hätten, sie aber nicht erhalten.

Auf der anderen Seite stoßen sich Konzerne und Banken auf Kosten der Allgemeinheit gesund. Die

Lücke zwischen Arm und Reich wird nicht geschlossen. Der soziale Zusammenhalt und der sozialer Frieden sind scheinbar längst als hohes Gut aufgegeben worden.

Für DIE LINKE ist das nicht hinnehmbar. Armut darf es weltweit - auch in Deutschland - nicht geben. Und es gäbe einfache Mittel in Deutschland dagegen: Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn muss auf 10 Euro steigen. Es sind eine Mindestsicherung und eine Mindestrente von derzeit 1050 Euro einzuführen. Sofort muss das Sanktionssystem bei allen Grundsicherungen abgeschafft werden. Auch eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen in Höhe von 536 Euro gehört zu den Standards, die in Deutschland gelten sollen. Ebenso müssen die BAföG-Sätze erhöht werden. Die Förderung soll elternunabhängig und rückzahlungsfrei erfolgen, ein ausreichendes Studienhonorar eingeführt werden.

Wer die Armut abschaffen will, muss ein gerechtes Steuersystem schaffen. Unternehmen und Superreiche müssen ihrem Vermögen entsprechend in die Verantwortung genommen werden. Sehr hohe Einkommen müssen zugunsten unterer Einkommen umverteilt werden. Wie heißt es doch bei Bertolt Brecht: „Wäre ich nicht arm, wärest du nicht reich.“

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Wer Armutsbekämpfung nicht als Lippenbekenntnis meint, sollte sich endlich zu einer Politik der Verwirklichung sozialer Bürgerrechte bekennen und demgemäß handeln.

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

**Am 13.12.2014** wollen wir unseren **8. Stadtparteitag** durchführen. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, möchten wir darum bitten, dass sich Genossinnen und Genossen in der Geschäftsstelle melden, die bereit sind, in den verschiedenen Gremien mitzuarbeiten. Mit der Einladung möchten wir auch bereits bekannte Kandidaturen als Delegierte zu den Landesparteitagen für die Jahre 2014/2015 versenden und bitten daher Genossinnen und Genossen, welche dafür kandidieren möchten, eine kurze Bewerbung der Geschäftsstelle zukommen zu lassen. Termin wäre der 17.11.2014. Für Eure Mitarbeit vielen Dank.  
Stadtvorstand DIE LINKE.Halle (S.)

## **Schick die Post raus – an den roten Klaus**

Stellt Euch vor: Unser Klaus, unser ewig lebendiger Links-Aktivist, hatte vor ein paar Tagen ein richtiges Tief. Lustlos, mutlos, ohne Motivation. Ein wenig schüttete er mir sein Herz aus. Dabei sagte der: „So wenig Kontakte. Und fast nix mehr im Briefkasten. Meine Zeitungen, ein paar Prospekte – sonst nix. Und dabei liebe ich doch Post – mit richtigen Briefmarken...“

„Ach Klaus“, hab ich da nur gesagt, „das ändern wir. Dein Briefkasten soll wieder Dein Glücks-Tempel werden.“ – Er hat mich nur lächelnd angeguckt. Und dann habe ich ihm diese Wette vorgeschlagen:

Ich wette mir Dir, dass es mir gelingt, bis zum 6. Dezember (Klaus-Santa-Klaus-Nikolaus) mindestens 500 Post-Sendungen (Karten, Briefe, und mehr) in Deinen Briefkasten zu lancieren. Und alle mit Briefmarken. Und für jede Sendung, die bei Dir ankommt, spende ich dann 1 Euro für die Aktion „Milch für Cubas Kinder“. Das hat dem Klaus gefallen. Er hat eingeschlagen. Und dann noch zugesagt: „Wenn Du das schaffst, lege ich auch noch mal 500 Euro drauf...“

Also legen wir jetzt los. Ab heute gehn die Grüße an den Klaus. Seine Adresse:

Klaus H. Jann, Düsseler Straße 16, 42489 Wülfrath

Also: Bringen wir ab sofort den Klaus wieder zum Lachen und Handeln. Und natürlich auch die Kinder von Kuba...

## **Alle Jahre wieder**

Das Jahr neigt sich zum Ende. Die Naturschutzgebiete, die der Naturschutzbund Halle/Saalkreis (NABU) betreut, sind kahl gefressen und die Schafherde muss verkleinert werden, damit die Futterkosten im Winter den kleinen Verein nicht erdrücken. Um im nächsten Frühjahr neue Schafe anschaffen zu können, wird ein Teil der Herde gegen eine Spende von 50 Euro pro halbes Schaf an Interessierte abgegeben.

Die Tiere standen das ganze Jahr auf der Weide und haben nur bestes Futter auf Flächen der Stadt Halle und des Saalkreises zu sich genommen. Da wir als Verein kein Schafzuchtbetrieb sind, können wir unsere Tiere nicht als „Öko“ deklarieren, aber wer einmal das Fleisch gekostet hat, möchte jedes Jahr wieder welches.

Wer also Interesse an dem Angebot des Naturschutzbundes hat, der melde sich bitte im Wahlkreisbüro von Uwe Köck unter der Telefonnummer 2 94 18 63 oder per E-Mail [uwe.koeck@ewt-net.de](mailto:uwe.koeck@ewt-net.de)

Frigga Schlüter-Gerboth

Schatzmeisterin des NABU

**Am 19. November, 17 Uhr**, trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen zur Diskussion über aktuelle Vorgänge in der gesellschaftlichen Entwicklung, im Linken Laden in der Leitergasse 4.



**Willkommen zum Erwerbslosenfrühstück!**

Am 19.11. ab 10 Uhr wollen wir Sie herzlich zu unserem ersten Erwerbslosenfrühstück im „Linken Laden“ in der Leitergasse 4 einladen. In entspannter Atmosphäre soll zukünftig alle zwei Monate ein Erwerbslosenfrühstück in unserer Geschäftsstelle stattfinden.

Im Vordergrund werden v.a. Themen rund um das SGB II stehen. Aber natürlich soll es für Sie auch die Möglichkeit geben, neue Kontakte zu knüpfen und sich mit anderen Betroffenen auszutauschen.

Wir hoffen, wir haben Ihr Interesse geweckt und freuen uns auf Ihr Kommen.